

Im Falle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 2,00 Mark, vierteljährlich 6,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark auschl. Zustellungsgebühren. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen angenommen. Im amtlichen Zeitungswesen unter Angabe der Nummer eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Zool-Zeitung' gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Hauptredaktion Nr. 1149, u. 1418, der Bezugs-Red. Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

# Zool-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werden 0,40 Pf. 34 mm dr. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unferen Anzeigenstellen u. allen Anzeigenstellen angenommen. Bestellen die 24 mm dr. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigenannahme schließt vom 11 Uhr, für die Sonntagsblätter, abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleitung u. Haupt-Redaktion: Halle, Neue Promenade 13, Dr. Gerlach, hantelt. 17. Neben-Redaktion: Halle, Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 386.

Halle, Dienstag, den 19. August.

1910.

## Die Lage in Oberschlesien.

### Der oberschlesische Ausstand beschränkt?

WTB Kattowitz, 18. August. Ueber die Lage wird gemeldet, daß der Herz des Aufstandes auf Schoppinitz, Janow und Mitschach beschränkt ist. Kattowitz mit seinen Vororten ist ganz ruhig. Auch Mysłowitz, wozu sich die kleinen Grenzpolizeierungen zurückgezogen hatten, war den Tag über nach der Sicherheit der verengten Stadt im allgemeinen ruhig und seit in der Hand der Reichswehrtruppen. Den Aufständern gelang es vereinzelt kleine Truppen, die in Dröschken eingekesselt waren, nach längerem andauernden Feuergefecht und infolge Mangels an Munition zu entwallen und gelangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Polzeierungen meuchlings ermordet. So der Führer der verengten Mionierkompanie, der auf dem Wege nach Jemelin einem Hinterhalt zum Opfer fiel. Die Erbitterung der Truppen, die ihre oberschlesische Heimat verteidigen, kennt den hinterlistigen Feinde gegenüber keine Grenzen. Die einzelnen Teile führten stellenweise ein hundertlanges Feuergefecht mit großer Heftigkeit. Leider werden auf unserer Seite Dilliziere und Mannschaften vermißt, doch dürften die Gegner erhebliche höhere Verluste erlitten haben. Mit Hilfe der eingetroffenen Verstärkungen kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Lage im Laufe des heutigen Tages wieder hergestellt sein wird.

### Bandenkämpfe in Oberschlesien.

Breslau, 19. August. (Eigene Drahtnachricht.) Wie von anderer Stelle in Breslau gemeldet wird, kam es in der Nacht zum Dienstag an allen Ecken und Enden zu Bandenkämpfen. Bemerkenswerte Gruppen zogen bei Rauden und Seibersdorf gegen die Stadt Mysłowitz. Sie wurden unterwegs zurückgeschlagen. Ihre Verluste sind beträchtlich. Starke Aufstellungen gab es in Oberschlesien, ferner in Emmaarube und Radlin, wozu in den Morgenstunden der Panzerzug Nr. 82 abgedandt wurde. Mehrere Tote hatten die Angreifer in Seibersdorf, ebenso wurde ein Überfall auf Charlottenruhe verübt, wo in den frühen Morgenstunden der Versuch gemacht wurde, die Reichswehr zu entwallen.

### Feuergefechte bei Kattowitz.

Breslau, 19. August. (Eig. Drahtnachricht.) Am Sonntagabend hat der polnische Soldatenrat des Kreises Kattowitz über alle Bestimmungen verhandelt, um sich ungetroffen veranlassen zu können. Nach Mitternacht drangen die ersten Banden in der um in allen Dingen des Reichs die Wachen zu überrollen und das Militär zu entwallen. Vor den Toren von Kattowitz kam es zu heftigen Feuergefechten. Andere Truppen wurden in heimlichste Weise von den Polen, aus den Häusern heraus, beschossen. Es gab keine Ruhe auch bei den Zivilisten. Von den Polen wurde der Vorbehalt für Ammunitionswörter besteht und die Stationsstraße besetzt. Zahlreiche Verwundungen mitschlesiger Leute wurden zugezogen. Am Montag nachmittags mußten unsere Truppen bedrohte Stellungen östlich von Kattowitz aufgeben und sich zurückziehen.

### Die litauischen Truppen gehen nach Oberschlesien.

Berlin, 19. August. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, hat die deutsche Regierung beschlossen, Litauen innerhalb 14 Tagen vollständig von deutschen Truppen geräumt zu haben. Die aus dem Westen zurückziehenden Truppen sollen nach Möglichkeit in oberschlesischen Aufmarschlagern einstellt werden.

### Deutsche Nationalversammlung.

WFB. Weimar, 19. Aug. 83. Sitzung. Am Regierungstisch: Brücker, Hohe, Schmidt und Dr. Bell. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 5 Minuten. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Hg. Seger (U. S.) verweist in seiner Anfrage auf die sittliche Notlage der aus Elb- und Ostpreußen vertriebenen Deutschen und fragt, ob die Regierung ihnen durch hinreichende Unterstützung helfen will.

Gebheimat Freiger (M. B.) Die Fürsorge für diese Vertriebenen, deren Notlage der Regierung bekannt ist, ist dem Noten Kreuz übertragen worden. Auch Erwerbslosenunterstützung wird gewährt und besondere Aufmerksamkeit auf die Arbeitsvermittlung gerichtet. Ebenso können Darlehen zur Wiederaufrüstung der Erntemaschinen gewährt werden. Ein Geleß zur Regelung der Frage wird vorbereitet.

Hg. Niedmiller (Soz.) bringt in seiner Anfrage zur Sprache, daß bei Kriegsausbruch die in der Schweiz beschäftigten deutschen Wehrmänner das Land unter Zurücklassung ihrer Habe verlassen haben und jetzt durch das

von der Schweiz erlassenen Einreiseverbot am Abholen ihrer Habegelegenheit verhindert werden.

Ein Regierungsdirektor erwidert, daß die schweizerische Regierung in dieser Beziehung entgegenkommen zugestimmt hat.

Hg. von Graefe (Dr.) greift auf die gemeinsame Erklärung der Herren Dr. Michalis, von Hindenburg, Ludendorff und Dr. Helfferich, betreffend die politischen, in der Nationalversammlung am 26. Juli und folgenden

den Tagen behandelten Vorgänge zurück und fragt, ob die Regierung bereit ist, das Material zur Kenntnis der Nationalversammlung

zu bringen, welches dieser von der amtlichen Beilage des früheren Reichsboten, Dr. von Kühlmann, Kenntnis gibt das dies Material im Interesse der vollständigen Aufklärung dieser Vorgänge erforderlich sei.

Ein Regierungsdirektor beantwortet die Anfrage dahin, daß das Material zusammengestellt und demnach der Öffentlichkeit angeführt werden wird. In wie weit letzteres der Fall sein könne, unterliegt zurzeit der Prüfung, da nach internationalem Brauch die Veröffentlichung nicht ohne Einverständnis fremder Regierungen erfolgen könne.

Eine weitere Anfrage des Hg. Dr. Mittelmann (D. Wpt.) nimmt auf die Tatsache Bezug, daß infolge des jüngeren niedrigen Standes unserer Valuta wertvolle

alte deutsche Kunststoffe waggomweise ins Ausland abwandern und richtet an die Regierung die Frage, ob der Erfolg eines Gesetzes zur Verhinderung weiterer Abwanderung deutscher Kunststoffe beabsichtigt ist.

Gebheimat Freiger von Welfer: Gesetzliche Maßnahmen sind in Vorbereitung.

Hg. Dr. Hugo (D. Wpt.) steht in dem Weiterbestand der Außenhandelsstellen eine unerträgliche Einschränkung für den freien Handel und die interessierten Industriestellen und fragt an, ob und wann die Regierung diese Stellen aufheben will.

Gebheimat Dr. Wagem: Das Reichswirtschafts-Ministerium beabsichtigt diese Stellen nur soweit bestehen zu lassen, als es notwendig erscheint, um wirtschaftliche Störungen zu vermeiden.

Hg. Dr. Semmler (Dr.) rät den Eingriff in die Pressefreiheit, der durch das innerhalb ganz kurzer Zeit zweimal auf je drei Tage erfolgte Verbot der 'Schles. Tagespost' in Breslau bezeugen worden ist.

Regierungsdirektor Oberkellmann von dem Bergh: Der Sachverhalt wird reiflich aufgeführt werden. Die Zeitung erlischt inaussehen wieder. (Große Heiterkeit.)

Hg. Dr. Mittelmann wiederholt seine Anfrage vom 11. Juli betreffend den Vorgang in Berlin in der Nacht vom 9. zum 10. Juli, wo französische Soldaten auf offener Straße die Menge durch

### verächtliche Gesichter und Verhöhnungen

gereizt hätten und fragt lobend: 1. Was ist in diesem Fall unter Schutzhafte der eigenen Sicherheit zu verstehen? 2. Beabsichtigt die Regierung die Beirathung für diese frechen Beschimpfungen des deutschen Volkes selbst zu übernehmen? 3. Welche Vorkehrungen beabsichtigt die Regierung zu treffen, um eine Wiederholung derartigen Ausdrucksrichtungen in Zukunft zu verhindern.

Gebheimat Freiger von Welfer: Die französischen Soldaten sind nicht in Schutzhafte genommen worden, sondern sie sind von der Polizei vor der erregten Menge geschützt zur Polizeiwache geführt, dort über ihre Personalien vernommen und dann durch Kameraden zur französischen Botschaft gebracht worden. Die zu den Botschaften gehörigen Personen gelten als exterritorial und können nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierung kann leider nicht Vorkehrungen treffen, um die Wiederholung solcher unliebsamer Vorgänge zu vermeiden.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Entzignungen und Entschädigungen

aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den a. und a. Mächten in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag.

### Außenminister Müller:

Die erste Vorlage will der Reichsregierung die Rechtsgrundlagen zur Durchführung einer Reihe von Bestimmungen des Friedensvertrages geben. Sie wird dadurch ermöglicht, soweit nicht eine freiwillige Abgabe erfolgt, Gegenstände, die auf Grund des Friedensvertrages an die a. und a. Mächte abzugeben sind, für das Reich zu enteignen. In dem Abwele wird ein Entzignungsverfahren eingeführt. Die Enteignung soll der Reichsverwaltung entsprechend neuen angemessene Entschädigung erfolgen. Der Inhalt des zweiten Entwurfs enthält sich der Wiederholung und den an seine Stelle gesetzten einzelnen Maßnahmen (Schweizerische Entschädigungen, Leistungen, Einkünfte usw.). Im Abschnitt 9 wird vorgesehen, daß die Regierung während der Beratung der Nationalversammlung berechtigt sein soll, weitere nachseheverliche Maßnahmen, die dringlich sind, anzunehmen. Beide Gesetzentwürfe betreffen das Verbrechen, das deutsche Volk den Friedensvertrag loyal und gewissenhaft zur Ausführung zu bringen.

Damit schließt die Beratung. Beide Vorlagen werden an den Ausschuss zur Verlesung.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

### Vorgeschlägen

in Verbindung mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, Veränderung des Postgesetzes und des Gesetzentwurfs betreffend Telegramm- und Fernsprechgebühren.

### Streik und Aufruhr.

In Oberschlesien hat der Streik den Aufruhr der Polen zur Folge gehabt. Ohne die wirksame kommunistische Vorarbeit würden die Polen niemals den offenen Aufruhr gewagt haben. Gerade an den jetzigen oberschlesischen Vorgängen können wir erkennen, für wen der Kommunismus arbeitet und daß er sich kein Gewissen daraus macht, wenn deutsche Gebiete den Polen ausgeliefert werden. In seinen tollen Umtrieben kennt er weder Ziel noch Maß. Der jetzt die aus dem Osten kommenden Nachrichten sorgfältig liest, wird über diese Frage genaue Aufklärungsmaterial finden. Während das oberschlesische Industriegebiet in der ersten Zeit nach der Revolution als ruhig angesehen werden konnte, ist das gerade in den letzten drei bis vier Monaten anders geworden. Im November und Dezember v. J. machte es den Eindruck, als ob die Sozialdemokraten in den Arbeiterräten ihre Heimat seit in der Hand behalten würden. Bald aber zeigte es sich, daß die radikale Bewegung über die sozialdemokratische und auch über die unabhängige Sozialdemokratie hinwegging. Die Betriebsstörungen mehrten sich, die Gewalttaten jagten einander. Das war dann der geeignete Boden für die kommunistische Propaganda, die denn auch schnell erkannte, daß für sie zwischen Opfern und Missethätigen besondere Beistandsmöglichkeiten geschaffen worden waren. Das einigende Band der Gewerkschaften zerbrach und wilde Streiks waren an der Tagesordnung. Diese Stimmung wußten sich die Polen zunutze zu machen. Ihre Agitation wurde eine immer lebhaftere. Sie ließen keinen Zweifel darüber, daß ihnen nichts ferner liegt, als ein ruhiges Abwarten der allgemeinen, nach dem Verfall der Friedensverträge vorgesehenen Volksabstimmung. Die Polen wollten, genau wie in Polen, vollkommene Tatsachen schaffen, in der Meinung, daß die Entente sich damit dann abwenden würde. Wir würden in Oberschlesien auch schon längst bewaffnete Polizei erbeut haben, wenn nicht die deutsche Reichswehr hart gegen gewesen wäre, um allen Aufständen zu begegnen. Zwar scheinen auch jetzt noch genügend zuverlässige Reichstruppen zur Stelle zu sein, heute wagt man den offenen Aufruhr trotzdem, weil eben die durch die kommunistische Arbeit herbeigeführte Verwirrtheit eine unendlich größere ist als vielleicht noch vor zwei Monaten.

Auch für Oberschlesien muß man der Regierung den Vorwurf machen, daß sie allzulang unartig zugehen hat. Sie mußte erkennen, wozu die kommunistische Wühlarbeit führt. Und sie mußte im Interesse des letzten Restes deutschen Ansehens dafür sorgen, daß die Ordnung solange aufrechterhalten wird, bis die Besatzungstruppen der Entente ins Land gerückt sind, um die letzten Vorbereitungen für die Volksabstimmung zu treffen. Unendlich Schaden erleidet die deutsche Volkswirtschaft ohnehin durch die oberschlesischen Streiks, nachdem Deutschland mehr denn je durch die feindliche Besetzung weiter Gebiete des Westens auf die Abhilfe aus dem Osten angewiesen ist. Fast zu spät schon hat die Regierung endlich den Arbeitszwang angeordnet, der jetzt mit aller Energie durchzuführen werden muß. Die der Kommunismus Zwang ausübt, um die Arbeitsverhältnisse zu erreichen, wie sich seinem Terror viele Arbeiterkreise beugen, so muß die Regierung jetzt hartnäckig den Arbeitszwang durchzuführen, der letzten Endes nichts weiter bedeutet als ein Schutz für die arbeitswilligen Kräfte. Dieser gettern eingeführte Arbeitszwang ist aber auch um deswillen berechtigt, weil die gesamte deutsche Volkswirtschaft nicht niederbrechen darf, weil einige gewissenlose kommunistische Hegeer es nun einmal so wollen. Obher wie das Interesse der Kommunisten muß das Interesse der Allgemeinheit stehen. Allein an diesen Grundday sollte sich die Regierung halten, denn er allein hat heute noch Berechtigung. In einer Zeit, in der wir der größten Kohlennot entgegengehen, kann es besondere 'Nicht-sichten' nicht geben. Die Regierung sollte auch jetzt schon daran denken, daß wir während der Zeit der Entente Besetzung Oberschlesiens aller Vordringlichkeit nach ohnehin nicht die gesamte Kohlenförderung Oberschlesiens erhalten werden. Das Gebiet des Westens ist für sich sehr lehrreich genug. Allen Abmachungen im Friedensvertrag zum Trotz wird die Entente auch dort in erheblicher Teile die a. und a. Staaten versorgen lassen und Deutschland wird das Nachsehen haben. Deshalb müssen wir wenigstens jetzt und mit Kohlen verfügen.

Die zweite Lehre kann die Regierung aus den Vorgängen in Oberschlesien nach der Richtung ziehen, daß sie die Stärke der im Osten zurückgehenden Truppen

